

PROF. EM. DR. LUTZ NIETHAMMER, HISTORIKER

**Rede anlässlich des Empfangs „10 Jahre Stiftung EVZ“ am 23. Juni 2010
in der Vertretung des Landes Niedersachsen**

+++ Es gilt das gesprochene Wort +++

Ich möchte heute Abend an die Herkunft des Zukunftsfonds der Stiftung EVZ erinnern, also diejenige Komponente dieser Stiftung, die in die Zukunft weist und künftig ihre Operationen bestimmt. Wer vor einem Dutzend Jahren an den internationalen Verhandlungen teilgenommen hat, wird sich erinnern, dass damals der Zukunftsfonds ein Sonderfall war. Es war wohl der einzige Ausgabeposten, den die deutsche Delegation in seltener Geschlossenheit gegen den Rest der Welt verteidigte, aber hinnehmen musste, dass er im Zuge der Verhandlungen von 50 % der Verhandlungssumme auf etwas über 7 % zusammenschmolz, aber damit in absoluten Zahlen doch um die Hälfte größer wurde als ursprünglich angedacht. Erstaunlich war auch, dass wir Deutsche so geschlossen und gelegentlich sogar verbittert eine Position verteidigten, für die es damals keine gemeinsame inhaltliche Konzeption gab. Genügend Widersprüche, um eine historische Klärung herauszufordern.

Die Idee zu diesem Fonds entstand lange vor dieser Stiftung, auch vor den Verhandlungen, ja sogar vor der Gründung der Stiftungsinitiative deutscher Unternehmer. Sie stammt vom damaligen US-Botschafter John Kornblum und wurde zum ersten Mal in jenen Gesprächsrunden im Bonner Kanzleramt geäußert, in denen im Winter 1998 unter der Vermittlung Bodo Hombachs Auswege aus der Krise gesucht wurden, in die einige der bedeutendsten deutschen Unternehmen mit speziellen Interessen in Amerika durch die Sammelklagen zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter des Dritten Reiches gekommen waren. Hombach hatte die diplomatischen Vertreter der USA und Israels, John Kornblum und Avi Primor, zu

diesen Gesprächen hinzu geladen, deren Ratschläge aus der gewissen Ratlosigkeit der Unternehmensvertreter hinausführten. Über Zahlen konnte Kornblum nichts sagen (hinter vor gehaltener Hand wisperte man damals von ein oder zwei Milliarden Mark), aber er erwies sich als ein kreativer diplomatischer Go-Between: Einerseits versuchte er, den deutschen Managern ihre Angst vor den Sammelklagen zu nehmen. Das amerikanische Rechtssystem sei völlig anders als das deutsche und viel mehr auf Politik und Vergleich angelegt. Wenn man erst einmal ins Gespräch gekommen sei, sei es durchaus möglich, dass man sich (die Deutschen hörten es mit Verwunderung) auf eine Größenordnung wie 10 % der angemahnten Streitsumme einigte. Besonders wenn die Beklagten mit gutem Willen vorausgingen: sie könnten die Streitsumme umso mehr drücken, je mehr sie bereit seien, dieselbe Summe noch einmal für einen gemeinnützigen Zweck zu spenden. Niemand wusste, worauf sich die Streitsumme belaufen würde, aber Hombach wurde in den kommenden Monaten nicht müde, das „Kornblum-Modell“ einer tragbaren Entschädigungslösung 1+1 zu preisen. Für die unternehmerische Stiftungsinitiative dokumentierte der Zukunftsfonds vor allem, dass es bei den Verhandlungen nicht um Entschädigungen, sondern um humanitäre Gesten ginge; bei anderen Teilen der deutschen Delegation sollte er die Ungerechtigkeiten jedweder partiellen Entschädigung kulturell überwinden und langfristig Beiträge zur internationalen Verständigung finanzieren.

Ich möchte nun auf einen Moment zurückkommen, der zwischen Kornblums Idee und dem erstaunlichen deutschen Konsens bei der Verteidigung des Zukunftsfonds im Zuge der Verhandlungen liegt. Kurz vor und nach der Gründung der Stiftungsinitiative, also im Januar und März 1999 bin ich nämlich im Auftrag des Kanzleramts erst durch Israel und dann durch fünf ost- und zentraleuropäische Länder gereist, primär um Partner für die Dokumentation von Ansprüchen und die Auszahlung von Entschädigungen zu finden; sekundär um bei Vertretern der Opfer ihre Ideen für einen Zukunftsfonds der künftigen Stiftung zu erkunden. Die erste Aufgabe erwies sich als einfacher als erwartet, weil es quer durch Mittel- und Osteuropa in Gestalt der sog. Aussöhnungstiftungen halbstaatliche Organisationen gab, welche die Daten und Strukturen zur Verteilung künftiger Mittel hatten und auch in Israel und der jüdischen Welt, wo solche Daten nicht vorlagen und nur

geschätzt werden konnten, gab es in Gestalt der Claims Conference erprobte Partner für die Verteilung. Soweit die gute Nachricht.

Die schwierige betraf den Zukunftsfonds. Er wurde nämlich von so gut wie allen organisatorischen und intellektuellen Opfervertretern, die ich auf diesen Reisen aufsuchte, zunächst einmal abgelehnt, weil sie annahmen, dass er die Entschädigungen an die überlebenden Opfer der NS-Zwangsarbeit reduzieren werde und zur humanitären Imageverbesserung der Unternehmen, die sich durch Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg bereichert hatten, benutzt werden solle. Nach längerer Diskussion, in der ich unser armes Argument einer kulturellen Kompensation der Ungerechtigkeiten jeglicher finanzieller Kompensation zur Geltung zu bringen versuchte, zeichnete sich in der Regel ein Kompromiss ab. Einer gemeinnützigen Stiftung auf Dauer könne allenfalls zugestimmt werden, wenn sie erstens der Verteilung von Entschädigungen nicht zu viele Mittel entziehe, dieser vielmehr deutlich nachgeordnet werde. Zweitens müssten die Zukunftsaufgaben der Stiftung an ihre Veranlassung rückgebunden bleiben und an das erinnern, was sie überwinden sollten: Krieg, Ausbeutung, Rassismus und massenhafte Menschenrechtsverletzungen. Und drittens dürften, solange es noch Überlebende der NS-Zwangsarbeit gebe, mit den Erträgen eines solchen Fonds keine abstrakten Zukunftsaufgaben, sondern Projekte zur Erleichterung des Schicksals dieser Überlebenden und zur Dokumentation und Weitergabe ihrer Erfahrungen angepackt werden.

Während diese *essentials* in den meisten Fällen gleich waren, gab es doch Unterschiede zwischen meinen Eindrücken in Israel und in Mittel- und Osteuropa und sie hatten mit den unterschiedlichen Erfahrungen mit der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Wiedergutmachungspolitik im Kalten Krieg zu tun. In Osteuropa war man über die deutsche Bereitschaft zu einer Anerkennung und Entschädigung der Zwangsarbeit überrascht, drängte einerseits auf formelle Beteiligung und zeigte sich andererseits kompromissbereit in der Sache. Da ich von Moskau bis nach Prag sozusagen heimwärts unterwegs war, merkte ich, dass Station für Station dieses vorsichtige Tasten geringer wurde und die Direktheit zunahm. Die Gespräche in Israel waren unbefangener gewesen, in der

Sache härter und offener, zugleich konkreter und perspektivenreicher, wie unter erprobten Konfliktpartnern, die sich kennenlernen konnten und ein unwahrscheinliches und selbstbewusstes Vertrauen gefasst hatten. Lassen Sie mich deshalb am Ende dieser kleinen Erinnerung an die Ursprünge der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, die nun weiterwirken soll, drei Gespräche mit großen alten Männern in Israel aufrufen. Ich tue das gewiss nicht, wie sich gleich zeigen wird, um sie gegen Osteuropa auszuspielen, wo ich im letzten Jahrzehnt sehr viel öfter Kontakt gesucht habe als in Israel oder Amerika. Aber diese Nachbarschaft will erst erworben werden, während kritische Solidarität mit Israel schon erprobt ist.

Das erste Gespräch führte ich mit Moshe Sanbar, dem ehemaligen Chef der israelischen Staatsbank, einem aus Ungarn stammenden Holocaust-Überlebenden, der im Alter als einer der Chefs der Claims-Conference den Schweizer Bankenkompromiss in Israel umgesetzt und die Überlebenden-Verbände in Tel Aviv koordiniert hatte. Er stellte zunächst und ziemlich konfrontativ die Positionen gegenüber einem Entschädigungsdeal mit unzureichenden Mitteln klar und dann erörterte er sehr informiert die anstehenden Probleme ein. Daraus habe ich mindestens zwei Lektionen gelernt. Die erste lautete, dass Individualentschädigung gut ist, wenn sie in würdigem Umfang geschehen kann; wichtiger aber ist die Zuwendung zu den Realproblemen der Überlebenden, die sich würdige private Altersheime und psychosoziale Betreuung im Alter, in dem die Traumata der Vergangenheit zurückkehren, nicht leisten können. Die zweite bezog sich auf die Legitimierung eines Zukunftsfonds: er dürfe, meinte Sanbar, nicht von der Entschädigung für die Überlebenden abgezogen werden, sondern bemesse sich aus den kollektivierten Entschädigungen derer, die nicht überlebt hätten. Das zweite Gespräch führte ich mit Israel Gutman, einem Überlebenden des Warschauer Ghetto-Aufstandes, dem Nestor der israelischen Holocaust-Forschung und seit seiner Jugend bekennender Sozialist. Ganz wie Sanbar wies er auf die sozialen Nöte der Holocaust-Überlebenden im Alter hin und bestritt jedweden Intellektuellen einen Zugriff auf Entschädigungsgelder für irgendwelche kulturellen Zwecke. Und dann beschwor er doch als dringlichstes Kulturprojekt ein Dreieck des Erzählens und Zuhörens zwischen Deutschland, Polen (stellvertretend für Ostmitteleuropa) und Israel/Palästina, in dem das schmerzhaft

geschichtliche Problemknäuel aus der Ära des Zweiten Weltkriegs aus unterschiedlichen Erfahrungsperspektiven wahrnehmbar gemacht und die Voraussetzungen für eine tiefgehende Verständigung geschaffen werden sollten.

Ich erinnere schließlich ein Gespräch mit dem damaligen Forschungsdirektor von Yad Waschem, Jehuda Bauer, aus Prag gebürtig und als Kind noch vor dem Krieg nach Palästina gekommen. Ein liebenswürdiger und vielsprachiger Mann, der sich die internationale Institutionalisierung von „Holocaust-Education“ zur Lebensaufgabe gemacht hat. Aber Bauer wollte weder Mittel für historische Museen noch für die Holocaust-Education einwerben, sondern überraschte mich gleich dreimal. Erstens wies er mich mit detaillierter Sachkunde darauf hin, dass die Erforschung des Holocaust in Israel finanziell und personell auf tönernen Füßen stehe: die vielsprachige Generation sterbe aus und es fehle an Perspektiven (nicht nur in Israel) für einen qualifizierten Nachwuchs. Zweitens überraschte er mich mit der Perspektive eines Entschädigungsdeals zwischen Israel, den Palästinensern und den aus arabischen Ländern immigrierten Juden, der den *clash of civilizations* im Nahen Osten entpolitisieren und in eine handlungsfähige Perspektive transformieren sollte. Am meisten überraschte er mich aber mit seinem Eröffnungsstatement: wenn es um Zwangsarbeit im Dritten Reich gehe, seien die ersten Ansprechpartner nicht die Juden, sondern in Ost- und Ostmitteleuropa zu suchen.

Haben solche Erinnerungen an die ersten Erwartungen an den Zukunftsfonds der deutschen Zwangsarbeiter-Stiftung noch einen Wert, jetzt da die Stiftung EVZ bereits den ersten Teil ihrer Operationen, die Auszahlung der Entschädigungen und nach einem Jahrzehnt auch bereits viele an die überlebenden Zwangsarbeiter gerichtete Projekte hinter sich hat? Obwohl die Stiftung anfangs kaum etwas von diesen frühen Erwartungen wusste, hat sie dann erstaunlich Ähnliches im Reichtum ihrer Anfangspraxis geleistet. Aber die Formel, dass der Zukunftsfonds die Veranlassung der Stiftung im Sinn behalten möge, ist noch immer ein guter Wegweiser. Ich freue mich, dass dieser verborgene Kompass wirksam geblieben ist und die Tätigkeit der Stiftung auch über das erste Jahrzehnt hinaus anleitet.